

rn
gen

er Generalstaatsanwalt
im Obersten Gerichtshof
für die Britische Zone

78
Köln, den 13. Januar 1950
Reichenspergerplatz
Fernruf Nr. 70561

sts 294/49

Betr.: Strafsache gegen Lempfert u.a.

Auf Hefte Blatt
Eing. 13. JAN. 1950
Johann Rey-Boz
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Mit den Akten
dem Herrn Vorsitzenden des II. Strafsenats

H i e r

Es wird beantragt,

das Verfahren gegen die Angeklagten Schröder,
Heeschen, Kircher, Lange und Buer gemäß den
§§ 3, 5 des Gesetzes über die Gewährung von
Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 einzu-
stellen.

Gegen die Angeklagten ist durch das angefochtene
Urteil des Schwurgerichts in Itzehoe vom 6. April 1949
wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit einem
Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf je drei Monate
Gefängnis erkannt worden. Mit der Revision der Staatsanwalt-
schaft, die ich zu vertreten beabsichtigte, wurde eine
Erhöhung dieser Strafmasse angestrebt. Ich bin auch jetzt
noch der Auffassung, daß diese Revision Erfolg haben müßte.

Zu der Frage aber, ob bei einer künftigen Verhandlung
höhere Strafen zu erwarten wären, als sechs Monate Gefängnis,
ist folgendes zu beachten: Zwar sind die Anträge der ört-
lichen Staatsanwaltschaft vor dem Schwurgericht weit über
dieses Strafmaß hinausgegangen. Es ist dieses auch auf der
Grundlage eines Schuldspruchs wegen Verbrechens gegen die
Menschlichkeit und im Hinblick auf den -zur Schuldfrage den
Angeklagten ~~war~~ nicht zur Last zu legenden- schweren Erfolg
durchaus verständlich. Aber die Verurteilung wegen Ver-
brechens gegen die Menschlichkeit unterliegt hier starken
Bedenken, sowohl zur Frage des Zusammenhangs mit der national-
sozialistischen Willkürherrschaft als auch zur Frage der

unmenschlichen Folgen, zu denen man, was den Schuldspruch betrifft, auch hier nicht die Tötung des Fabian rechnen darf. Es ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß eine neue tatrichterliche Verhandlung nicht wieder zu einer Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit führen würde. Außerstenfalls würde es sich um einen Grenzfall handeln. Hinzu kommt, daß keinem der fünf genannten Angeklagten mehr nachgewiesen ist, als daß er als Teilnehmer an dem Zuge, gegen den strafrechtlich an sich nichts einzuwenden war, die Umzingelung Fabian mitgemacht hat mit dem Bewußtsein, dieser soll geschlagen werden, aber ohne selbst mitzuschlagen. Das Vorkommnis ereignete sich plötzlich und war nicht vorhergesehen. Der Führung nicht zu folgen und sich damit von der Umzingelung auszuschließen, forderte einen raschen und tatkräftigen und vielleicht auch nicht ganz ungefährlichen Entschluß, für den dem einzelnen Angeklagten nur wenig Zeit blieb.

Hält man alles dieses zusammen, so läßt sich vorhersagen, daß die künftig zu verhängenden Strafen bei keinem der Angeklagten sechs Monate Gefängnis übersteigen würden.

H. Schmidt